

Die gerechte Steuer – einfach, niedrig und sozial
Entwurf des Leitantrags zum FDP-Bundesparteitag

„Ist das eigentlich alles noch gerecht?“

Immer mehr Bürger in Deutschland stellen sich diese Frage. Arbeitnehmer, mittelständische Unternehmer und Selbständige – kurz gesagt die mittleren Einkommensbezieher fragen sich zu Recht, was sie vom Staat eigentlich als Leistung dafür bekommen, dass sie ihm einen großen Teil ihres Einkommens geben.

Die Steuererhöhungspolitik der Großen Koalition hat die finanzielle Situation für viele Bürger immens verschärft. Mit der Mehrwertsteuererhöhung verantworten Union und SPD die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die zahlreichen Steuererhöhungen bei der Einkommensteuer belasten alle Bürger und insbesondere die Familien. Bei den Energiepreisen zeigt sich der Staat als Preistreiber. Eine durchschnittlich verdienende vierköpfige Familie hat ab 2007 bis zu 1.600 Euro im Jahr weniger zur Verfügung als in den Vorjahren.

Aber auch viele ALG-II-Empfänger, Sozialhilfeempfänger und Rentner stellen die Gerechtigkeitsfrage. Ihr verfügbares Einkommen reicht oft kaum für das alltägliche Leben. Steuer- und Sozialsystem in Deutschland wirken leistungsfeindlich zusammen. Wenn ein ALG-II-Empfänger eine Tätigkeit aufnimmt, hat er oft trotzdem nicht mehr Geld zur Verfügung. Leistung wird nicht generell belohnt – sondern wegen des sehr schnell ansteigenden staatlichen Steuer- und Abganzugriffs zu einer komplizierten Rechenaufgabe.

In der widerspruchsfreien Verbindung von Steuer- und Sozialsystem liegt die eigentliche Herausforderung an den modernen Sozialstaat. Ziel liberaler Steuerpolitik ist die konsequente Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit – für mehr Nettoeinkommen. Für diejenigen Bürger, die trotz aller Anstrengungen kein oder kein ausreichendes Einkommen erzielen können, sind Steuer-senkungen allein keine Lösung. Ziel liberaler Sozialpolitik ist die Unterstützung bei Bedürftigkeit – bei gleichzeitiger Förderung von Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative.

Nicht gesetzliche Mindestlöhne sind die liberale Antwort auf die Frage, wie soziale Gerechtigkeit zu erreichen ist – sondern ein existenzsicherndes Mindesteinkommen. Die FDP schlägt hierfür das leistungsgerechte Bürgergeld vor, das als negative Steuer ins Steuersystem integriert wird.

Dazu kommt: Steuer- und Sozialreform müssen finanzierbar sein. Eine Politik auf Pump ist ebenfalls unsozial und ungerecht – und zwar für die künftigen Generationen.

In diesem Sinn wird der liberale Entwurf für eine Reform der direkten Steuern fortentwickelt.

1. Die gerechte Steuer – das leistungsgerechte Bürgergeld als Teil eines integrierten Steuer-Transfersystems

Das leistungsgerechte Bürgergeld fasst steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einem Universaltransfer für mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Sozialbürokratie zusammen: Arbeitslosengeld II (einschließlich Leistungen für Wohnen und Heizung), Sozialgeld, Grundsicherung, Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), Kinderzuschlag und Wohngeld. Es soll durchschnittlich 662 € pro Monat betragen. Jeder Bürger hat, nach einer Prüfung der Bedürftigkeit und bei Nachweis der Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme, Anspruch auf das leistungsgerechte Bürgergeld. Zusätzliches eigenes Erwerbseinkommen lohnt sich in jedem Fall: Sozialversicherungsfreie Minijobs sind statt bis 400 € zukünftig bis 600 € möglich, Midijobs mit gleitend ansteigenden Sozialabgaben nicht mehr nur bis 800 €, sondern bis 1.000 €. 60% des Arbeitseinkommens bei Minijobs werden mit dem Bürgergeld verrechnet; bei Einkommen über 600 € nur noch 40% wegen der einsetzenden Sozialabgabepflicht. Mit dieser einfachen Regelung kann jeder Bürgergeldempfänger sich leicht ausrechnen, wie sein Gesamteinkommen bei Arbeitsaufnahme steigt. Ansprechpartner für die Bürgergeldzahlung ist das Finanzamt, für Arbeitsvermittlung und soziale Betreuung die Kommune. Ein gleitender Übergang vom – aus Sicht des Bürgers – positiven Transferbereich (Bürgergeldzahlung) in den negativen Transferbereich (Steuerzahlung) ist leistungsfördernd und schafft mehr Gerechtigkeit im Steuer- und Sozialsystem.

2. Die gerechte Steuer - verständliche Regeln und ein einfacher Stufentarif - 10%, 25%, 35%

Die gerechte Steuer der FDP nimmt das Leistungsfähigkeitsprinzip ernst: Auf Ausnahmen und Sonderregelungen wird verzichtet. Abzugsfähig sind, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, die Beiträge zur Sozialversicherung. Werbungskosten werden mit einer 2%-igen Abgeltungspauschale berücksichtigt. Wahlweise gilt ein zweijähriger Veranlagungszeitraum. Für Erwachsene und Kinder gilt ein Grundfreibetrag von 8.000 €. Auf das sich ergebende zu versteuernde Einkommen wird ein einfacher Stufentarif angewendet: Für Einkommen bis 15.000 Euro gilt ein Steuersatz von 10%, für Einkommensteile zwischen 15.000 Euro und 40.000 Euro ein Steuersatz von 25%, für Einkommensteile ab 40.000 Euro ein Steuersatz von 35%. Zur Verhinderung der kalten Progression wird der der Gesetzgeber verpflichtet, gemeinsam mit dem Existenzminimumbericht auch die Höhe des steuerlichen Grundfreibetrags und des Steuertarifs alle drei Jahre zu überprüfen und ggf. anzupassen. Für eine zusätzlich Entlastung der Bürger wird der Solidaritätszuschlag stufenweise angebaut und läuft spätestens mit dem Ende des Solidarpaktes im Jahr 2019 aus.

3. Die gerechte Steuer – Familien stehen im Vordergrund

Die gerechte Steuer der FDP legt einen Schwerpunkt auf die Entlastung der Familien. Ehepartner erreichen die jeweils nächst höhere Tarifstufe bei doppeltem Einkommen. Die Einführung eines großzügigen Grundfreibetrags von 8.000 Euro für Erwachsene und Kinder bedeutet für viele Familien, dass sie gar keine Einkommensteuer mehr zahlen müssen. Unter Berücksichti-

gung der Werbungskostenpauschale und der Abzugsfähigkeit der Vorsorgeaufwendungen ist eine vierköpfige Familie noch bei einem Familieneinkommen von 40.700 Euro steuerfrei. Kinderbetreuungskosten können bis zu 12.000 Euro im Jahr gegen Nachweis von der Steuer abgesetzt werden. Eingetragene Lebenspartner können Unterhaltszahlungen in Höhe von bis zu 20.000 Euro im Jahr auf den anderen Lebenspartner übertragen und erhalten so die Möglichkeit eines Realsplittings. Im Ergebnis heißt das: Mehr Netto, mehr finanzieller Spielraum und damit mehr Freiheit für die Gestaltung des Familienlebens.

4. Die gerechte Steuer – für Unternehmen wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb

Die gerechte Steuer der FDP schafft für Unternehmen eine rechtsform-, finanzierungs- und investitionsneutrale Besteuerung mit einer international wettbewerbsfähigen Steuerbelastung. Für Unternehmen gleich welcher Rechtsform gilt ein **Zwei-Stufen-Tarif von 10% und 25%**. Die **Gewerbesteuer** wird **abgeschafft**: Die Gemeinden erhalten statt dessen einen auf 12% erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer und einen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer in gleicher Höhe. Dies entspricht, je nach Hebesatz einer zusätzlichen Belastung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 2-4 Prozentpunkten. Damit unterliegen unternehmerische Einkünfte in der Einkommen- und Körperschaftsteuer einer international wettbewerbsfähigen Spitzenbelastung von ca. 28%.

Die zahlreichen systemwidrigen Manipulationen der steuerlichen Bemessungsgrundlage und andere steuerliche Fehlentwicklungen insbesondere durch die Unternehmenssteuerreform 2008 werden beseitigt. Die degressive AfA wird wieder eingeführt, ebenso wie die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Sie wird auf 1.000 Euro angehoben. Eine moderne Gruppenbesteuerung (Konzernbesteuerung) macht Deutschland als Holdingstandort wieder attraktiv: Betriebliche Umstrukturierungen werden erleichtert; sie erfolgen so lange zu Buchwerten ohne Aufdeckung stiller Reserven, wie keine Entnahme zum privaten Verbrauch stattfindet.

5. Die gerechte Steuer – Öffentliche Haushalte konsolidieren und sanieren – Eigenverantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden stärken

Ein Konzept für eine gerechte Steuer muss mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen verbunden sein. Steuerentlastungen sind als Impuls für mehr Wachstum und Beschäftigung dringend erforderlich, müssen aber aus haushalterischer Sicht verantwortbar bleiben. Solide Staatsfinanzen erreicht man nicht, indem man die Aufgaben von heute mit den Einnahmen von morgen finanziert. Es ist eine zentrale Frage von Generationengerechtigkeit, dass jede Generation ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigt. Es ist unverantwortlich, unseren Kindern immer größere Schuldenberge zu hinterlassen. Um zukünftig die Aufnahme von Schulden zu verhindern, fordert die FDP die Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots in die Verfassung. Für mehr Wettbewerbsföderalismus sollen alle Gebietskörperschaften mehr Steuerautonomie beikommen.